

Andreas Peichl, Stefan Sauer und Klaus Wohlrabe

Fachkräftemangel in Deutschland und Europa – Historie, Status quo und was getan werden muss

IN KÜRZE

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist immer mehr zum flächendeckenden Problem gewachsen, das nahezu alle Wirtschaftsbereiche und Regionen betrifft. Knapp die Hälfte aller Unternehmen melden derzeit eine Beeinträchtigung ihrer Geschäfte aufgrund fehlenden Fachpersonals. Dieser Artikel geht auf die Entwicklung des Fachkräftemangels in Deutschland auf Branchenebene ein und liefert eine Einordnung in den europäischen Kontext. Der Fachkräftemangel hat in nahezu allen Ländern teilweise deutlich angezogen. Dies gilt insbesondere für die letzten beiden Jahre. Dabei zeigt sich, dass Deutschland im europäischen Vergleich besonders stark vom Fachkräftemangel betroffen ist.

In vielen Bereichen der deutschen Wirtschaft kann der Bedarf an benötigten Fachkräften derzeit nicht oder nur mit großem Aufwand gedeckt werden (siehe auch Sauer und Wollmershäuser 2021; Freuding und Garnitz 2022). Die Gründe dafür sind vielfältig. Vor allem muss dabei der demografische Wandel genannt werden. Die Jahrgänge, die derzeit in Rente gehen, sind zahlenmäßig deutlich stärker als die nachkommenden, so dass sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter spürbar verringert (Statistisches Bundesamt 2021). Diese Tendenz wird sich in den kommenden Jahren mit dem Renteneintritt der Babyboomer-Jahrgänge sogar noch erheblich verstärken. Hinzu kommt, dass immer mehr Ausbildungsstellen unbesetzt bleiben und die Engpassituation durch den fehlenden Nachwuchs in vielen Berufen weiter befeuert wird. Die gute Auftragslage in vielen Branchen bringt zudem einen erhöhten Bedarf an Personal mit sich, dass viele Unternehmen aktuell nur mit großem Aufwand oder gar nicht finden können. Darüber hinaus wurden viele Bereiche, wie etwa das Gastgewerbe oder die Tourismusbranche, besonders stark von der Coronakrise in Mitleidenschaft gezogen. Dies verstärkte das Fachkräfteproblem dort zusätzlich, da zahlreiche Beschäftigte in andere Wirtschaftsbereiche wechselten (Jansen und Risius 2022).

Der Fachkräftemangel dürfte sich mittelfristig in einem spürbar niedrigeren Potenzialwachstum in der deutschen Volkswirtschaft niederschlagen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022). Aber auch

viele Unternehmen sehen sich mit vielfältigen Auswirkungen konfrontiert, wie sinkenden Umsätzen, steigenden Personalkosten oder erhöhter Arbeitsbelastung der Belegschaft bis hin zur Existenzgefährdung im schlimmsten Fall. Zudem strahlt das Fachkräfteproblem auch auf andere wichtige Felder aus. So fehlen unter anderem qualifizierte handwerkliche Fachkräfte für die Umsetzung der Energiewende, etwa für den Ausbau der Erneuerbaren oder im Bereich Gebäudetechnik.

Der vorliegende Artikel beschreibt Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen zum Thema Fachkräftemangel in Deutschland und vergleicht diese mit den anderen EU-Ländern anhand europaweiter Unternehmensbefragungen. Dadurch kann besser eingeordnet werden, ob es sich beim Fachkräftemangel um ein besonders in Deutschland ausgeprägtes oder um ein europaweites Phänomen handelt. Dadurch können auch Rückschlüsse für mögliche Politikempfehlungen gezogen werden, um den Engpässen entgegenzuwirken.

FACHKRÄFTEMANGEL IN DEUTSCHLAND AUF REKORDNIVEAU

In den ifo Konjunkturumfragen werden etwa 10 000 Unternehmen in Deutschland aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Bauhauptgewerbe sowie dem Handel und dem Dienstleistungssektor vierteljährlich befragt, ob ihre Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel beeinträchtigt wird.¹ Die Anteile der betroffenen Firmen werden sowohl auf Branchen- und Sektorebene als auch für die Gesamtwirtschaft berechnet und zeigen als Indikatoren die Entwicklungen der Engpasslage auf.²

Die aktuellen Ergebnisse vom Juli 2022 signalisieren einen Höchststand des Fachkräftemangels seit Beginn der Erhebung (vgl. Abb. 1).³ Demnach wurden 49,7% aller Unternehmen beeinträchtigt (ifo Institut 2022). Der bisherige Rekord vom April dieses

¹ Statt Behinderungen der Geschäftstätigkeit wird im Verarbeitenden Gewerbe nach Behinderungen der Produktionstätigkeit bzw. im Bauhauptgewerbe nach Behinderungen der Bautätigkeit gefragt.

² Für detaillierte Beschreibungen der Methodik siehe Marjenko, Müller und Sauer (2021) sowie Sauer und Wohlrabe (2020).

³ Im Verarbeitenden Gewerbe wird die Frage bereits seit 1991 gestellt, der Handel kam im Jahr 2006 hinzu, und im Dienstleistungssektor gibt es seit 2009 verwertbare Ergebnisse. Im Bauhauptgewerbe wird erst seit 2018 nach Fachkräftemangel gefragt, zuvor wurde hier nach Arbeitskräftemangel allgemein gefragt. Der Indikator für die Gesamtwirtschaft startet daher im Jahr 2009, umfasst aber erst seit 2018 auch das Bauhauptgewerbe.

Jahres (43,6%) wurde damit nochmals spürbar übertraffen. Langfristig gesehen zeigt der Verlauf, dass sich die negativen Auswirkungen des Fachkräftemangels seit 2009 deutlich erhöht haben. Zwischen 2009 und 2011 stieg der Indikator von ca. 10% auf knapp 20% sichtlich an. Im Anschluss bewegte er sich in etwa in diesem Bereich bis zum Jahr 2016. Danach kam es zu einem weiteren erheblichen Anstieg bis zu einem zwischenzeitlichen Höchststand von 36,2% im April 2018. Mit dem Abflauen der Konjunktur verringerte sich der Anteil anschließend zwar etwas, lag Ende 2019 jedoch immer noch bei über 30%. Zu Beginn der Corona-Pandemie, die die Unternehmen vor zahlreiche andere Probleme stellte, verringerte sich das Ausmaß des Fachkräftemangels zunächst erheblich. Diese Corona-Delle des Indikators war jedoch nur vorübergehend, wie die aktuellen Zahlen verdeutlichen.

Wie Abbildung 2 zeigt, wurde im Juli 2022 nicht nur gesamtwirtschaftlich, sondern in allen befragten Sektoren ein neuer Höchstwert erreicht. Dabei wirken sich Fachkräftengpässe aktuell im Dienstleistungssektor mit 49,4% betroffener Unternehmen am häufigsten negativ aus. Wichtige Dienstleistungsbereiche, wie etwa das Beherbergungsgewerbe und die Veranstaltungsbranche, lagen mit rund 64% sogar noch deutlich über diesem Sektordurchschnitt. In der Lagerei wurden 62,4% der Betriebe von einem Mangel beeinträchtigt. Im Verarbeitenden Gewerbe klagten 44,5% der Umfrageteilnehmer über fehlendes Fachpersonal. Darunter waren in der Nahrungsmittelindustrie 58,1% der Betriebe durch den Fachkräftemangel beschränkt. Auch die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten und von Metallerzeugnissen finden nur schwer fachkundiges Personal (jeweils rund 57%).

Auf regionaler Ebene gibt es die häufigsten Behinderungen in Ostdeutschland sowie in Bayern und Baden-Württemberg. Jedoch ist die Betroffenheit im Rest Deutschlands nur leicht geringer, so dass nicht von einem regional begrenzten Problem gesprochen werden kann. Bei den Auswertungen nach Firmengröße steigt der Anteil der beeinträchtigten Unternehmen mit der Beschäftigtenzahl. Allerdings sind auch hier die Unterschiede nicht sehr groß.

EIN EUROPÄWEITER VERGLEICH

Die Europäische Kommission hat die Unternehmensbefragungen in den europäischen Ländern zum Teil harmonisiert. Im Rahmen von langfristigen Verträgen zwischen der EU-Kommission und den Instituten, die diese Umfragen durchführen, wird sichergestellt, dass einige Fragen in allen Ländern identisch gestellt werden. Dies erlaubt eine direkte Vergleichbarkeit. Gegenwärtig werden Ergebnisse für die EU insgesamt, die Eurozone sowie 33 Länder bereitgestellt,⁴ wobei

⁴ Daten und Ergebnisse finden sich hier: https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/business-and-consumer-surveys_en.

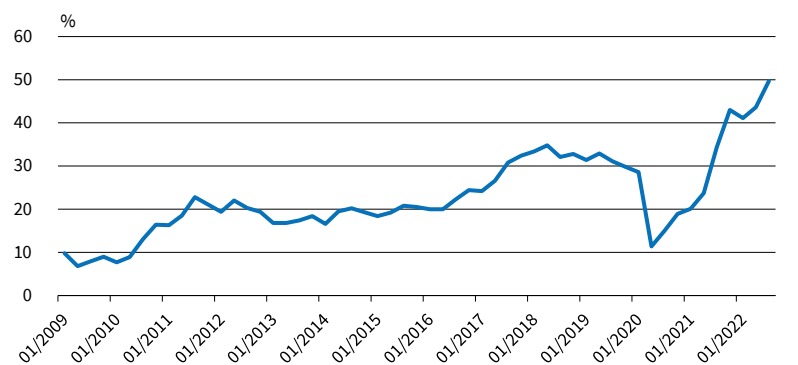
darunter auch Länder sind, die nicht der Europäischen Union angehören.⁵ Die Daten sind in einigen Fällen schon ab 1985 verfügbar, teilweise jedoch auch deutlich später. Je nachdem, wann die Länder systematische Unternehmensbefragungen gestartet haben oder sich dem harmonisierten System der EU-Kommission angeschlossen haben. Die Quartalsfrage innerhalb der EU bezieht sich aber nicht explizit auf einen Fachkräftemangel, sondern auf einen Arbeitskräftemangel allgemein als einen umsatz- oder produktionsbehindernden Faktor. Die Definition ist also etwas weiter gefasst.

In den Tabellen 1 bis 3 sind die Ergebnisse für alle verfügbaren Länder für die Industrie, den Dienstleistungssektor und das Baugewerbe dargestellt. Die Länder sind gemäß der Größe des aktuellen Fachkräftemangels sortiert (2. Quartal 2022). Neben der Datenverfügbarkeit werden die beiden letzten Beobachtungen sowie das jeweilige Minimum, Maximum und in welchem Jahr letzteres erreicht wurde abgebildet. Um einen Eindruck zur langfristigen Entwicklung zu bekommen, werden in den Tabellen auch die Durchschnitte der letzten drei Jahrzehnte, soweit verfügbar, dokumentiert. Für den Dienstleistungssektor gibt es keine Daten vor 2000.

⁵ So sind z.B. Ergebnisse der Türkei und Mazedonien, aber nicht aus der Schweiz verfügbar. Die Daten für die Schweiz wurden von der KOF Konjunkturforschungsstelle zur Verfügung gestellt.

Abb. 1

Anteil der vom Fachkräftemangel beeinträchtigten Unternehmen: Gesamtwirtschaft

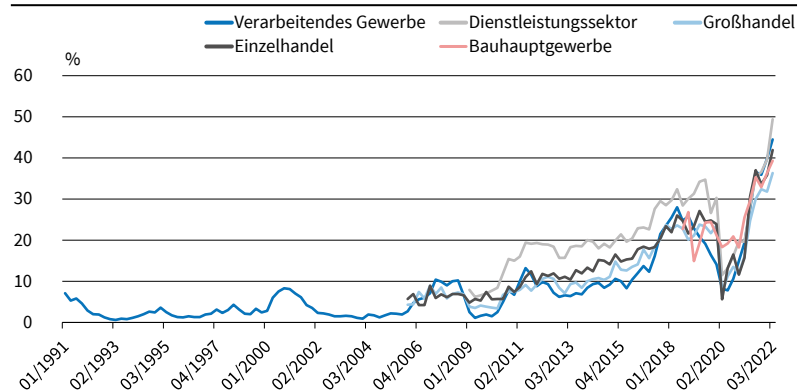


Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Abb. 2

Anteil der vom Fachkräftemangel beeinträchtigten Unternehmen: Sektoren



Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

Tab. 1

Fachkräftemangel in der Industrie im europäischen Vergleich

Angaben in %

	2022:II	2022:I	Durchschnitt 1990–1999	Durchschnitt 2000–2009	Durchschnitt 2010–2019	Minimum	Maximum	Wann Maximum?	Daten verfügbar seit
Deutschland	42,8	37,3	3,0	4,2	11,8	0,6	42,8	2022	1985
Slowenien	41,3	39,4	15,2	21,0	20,4	6,1	43,0	2018	1995
Niederlande	40,7	34,5	3,5	5,2	8,3	0,3	40,7	2022	1985
Ungarn	40,2	40,8	16,9	22,3	34,8	6,8	66,6	2019	1999
Polen	39,1	38,1		12,3	24,4	4,3	51,9	2018	2000
Kroatien	38,6	26,0		8,9	10,8	0,9	38,6	2022	2008
Irland	38,2	55,1			13,5	5,2	55,4	2021	2016
Bulgarien	36,4	33,7	1,6	10,1	23,2	0,5	45,5	2018	1993
Mazedonien	34,6	36,7		3,4	18,1	0,2	44,7	2019	2008
Malta	34,3	41,5		3,9	19,2	0,5	62,7	2019	2003
Dänemark	32,6	42,6		3,8	3,9	0,0	42,6	2022	2005
Schweiz	31,8	23,9	9,3	8,6	7,8	0,8	31,8	2022	1999
Luxemburg	31,2	27,3	1,5	2,1	2,3	0,0	31,2	2022	1985
EU	29,1	26,3	3,9	5,9	9,0	0,9	29,1	2022	1985
Belgien	29,0	21,7	5,2	7,6	8,3	1,0	29,0	2022	1985
Eurozone	28,7	25,9	3,8	5,1	7,9	0,9	28,7	2022	1985
Slowakei	28,0	23,0	8,2	4,9	12,7	0,0	37,0	2018	1993
Schweden	28,0	15,0	2,6	4,7	4,9	0,0	28,0	2022	1990
Tschechien	26,1	18,6	11,6	10,3	17,2	0,0	46,3	2018	1995
Litauen	25,4	27,3	3,6	13,2	10,7	0,1	35,1	2007	1994
Österreich	25,2	20,4	3,5	5,9	8,1	0,1	25,2	2022	1996
Türkei	25,1	25,6		32,3	22,7	17,4	40,6	2008	2007
Estland	24,8	23,9	14,6	19,1	14,8	0,6	44,1	2006	1995
Lettland	23,9	21,0		21,5	11,9	0,7	46,5	2006	2004
Albanien	23,9	12,4			5,6	1,9	23,9	2022	2016
Montenegro	23,7	16,0			2,5	0,0	24,5	2021	2012
Frankreich	23,5	16,6	3,6	8,0	8,3	0,8	23,5	2022	1991
Serbien	22,2	21,8			9,8	1,3	26,7	2021	2013
Finnland	22,0	22,0	10,6	8,3	7,9	1,0	30,0	2007	1995
Portugal	11,8	9,7	10,3	8,4	4,9	2,4	16,2	2000	1987
Rumänien	10,6	11,4	21,2	17,5	5,7	1,4	44,7	2000	1996
Griechenland	10,5	7,1	0,8	2,1	1,0	0,0	13,6	2021	1985
Spanien	8,4	7,6	1,6	2,5	1,8	0,1	8,4	2022	1995
Italien	7,0	5,4	3,7	3,9	1,0	0,0	11,0	1988	1985
Zypern	3,3	2,1		11,4	0,9	0,0	25,2	2008	2008

Quelle: EU-Kommission; KOF; Berechnungen des ifo Instituts.

In der Industrie (vgl. Tab. 1) zeigt sich, dass Deutschland gegenwärtig den höchsten Anteil der Unternehmen hat, die von Fachkräftemangel berichten. Nahezu gleichauf liegt Slowenien. Die Niederlande und Ungarn befinden sich mit etwas über 40% knapp dahinter. Am unteren Ende befinden sich Italien (7,0%), Spanien (8,4%) und Zypern (3%). In der Schweiz (31,8%) und in Österreich (25,2%) ist das Problem im Vergleich zu Deutschland etwas weniger stark ausgeprägt. In der Europäischen Union insgesamt liegt der Anteil mit 29% auf Rekordniveau. Ein Blick auf die Mittelwerte der verschiedenen Jahrzehnte zeigt, dass die Zahlen tendenziell zugenommen haben.

Für alle Länder gilt, dass die Zahlen für 2022 teilweise deutlich über dem Durchschnitt des letzten Jahrzehnts liegen. Dies gilt insbesondere für Dänemark und Irland. Die ansteigende Tendenz wird durch Abbildung 3 bestätigt. Diese zeigt den zeitlichen Verlauf für ausgewählte Länder ab 1991. Es zeigt sich, dass der Anteil selten die 20%-Marke durchbrochen hat. Ab 2010 ist jedoch ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten, der abrupt durch die Coronakrise unterbrochen worden ist, um danach umso steiler zu werden. Der ansteigende Fachkräftemangel im Verarbeitenden Gewerbe betraf in den letzten zwei Jahren nahezu alle Länder in Europa. Nur in Italien und Spanien scheint

Fachkräftemangel in der Industrie historisch betrachtet bisher nie ein großes Problem gewesen zu sein.

Im Dienstleistungssektor (vgl. Tab. 2) ist der Fachkräftemangel mit 34,8% in der Europäischen Union etwas höher als in der Industrie. Deutschland liegt mit 49,4% hinter Malta (69,5%), der Niederlande (60,6%) sowie Schweden (50%) auf Platz 4. Nicht weit dahinter rangieren die Schweiz (43,6%) sowie Österreich (41,1%). Ähnlich wie in der Industrie befinden sich die Anteile gegenwärtig auf ihrem Maximum oder nicht weit davon entfernt. Spanien und Italien liegen mit 20% erneut eher am unteren Ende. Die Anteile sind dort jedoch mehr als doppelt so hoch wie in der Industrie. De facto keinerlei Probleme mit einem Mangel haben Zypern und die Türkei. Der Vergleich der zwei Jahrzehnte zeigt, dass die Anteile teilweise nur moderat angezogen haben oder sogar gesunken sind. Eine Ausnahme bildet hier unter anderem Deutschland, wo sich der Mittelwert mehr als vervierfacht hat. Die aktuellen Zahlen für 2022 liegen für die meisten Länder aber deutlich oberhalb des Durchschnitts des letzten Jahrzehnts. Abbildung 4 zeigt, dass auch der grundsätzliche Verlauf dem der Industrie sehr ähnelt. Die Anteile haben sich in den letzten beiden Jahren deutlich erhöht.

Im Baugewerbe berichten in der Europäischen Union derzeit 34,4% der Unternehmen von Beeinträchtigungen durch Fachkräftemangel. Deutschland liegt mit rund 40% etwas darüber. In der Schweiz klagte rund jedes zweite Unternehmen über Fachkräftemangel. In Österreich waren es rund 40%. In Irland, Griechenland, Luxemburg und Slowenien liegen die Werte jenseits der 60%. In Belgien (8,7%) und Spanien (11%) liegen die Anteile dagegen auf eher niedrigem Niveau. Die Anstiege fallen teilweise moderat aus. Eine Ausnahme ist hier Ungarn, wo sich der Anteil mehr als verdreifacht hat. Auf der anderen Seite hatte sich der Mittelwert in Frankreich im letzten Jahrzehnt in etwa halbiert, ist aber auch dort nun wieder erheblich gestiegen. Ebenso wie in der Industrie und im Dienstleistungssektor liegen die aktuellen Zahlen deutlich oberhalb des Mittelwerts des letzten Jahrzehnts. In Abbildung 5 wird die Entwicklung über die Zeit ab 2003 dargestellt. Im Baugewerbe liegen die Daten auf monatlicher Ebene vor und sind deshalb etwas erratischer im Vergleich zu den Quartalsergebnissen in der Industrie und dem Dienstleistungssektor. Das Bild, ansteigende Werte in den letzten zwei Jahren, ähnelt dem in den anderen Sektoren. In Frankreich gab es in den 2010er Jahren bereits ein großes Problem mit Fachkräftemangel im Bausektor mit Spitzenwerten von über 50%. Dieser konnte dann bis Ende 2010 deutlich abgebaut werden, um nun wieder in ähnliche Regionen vorzustoßen.

EINORDNUNG DER ERGEBNISSE

Schon vor der Pandemie war der Fachkräftemangel ein großes Hemmnis für die deutsche Wirtschaft, und

Abb. 3
Fachkräftemangel in der Industrie für ausgewählte europäische Länder

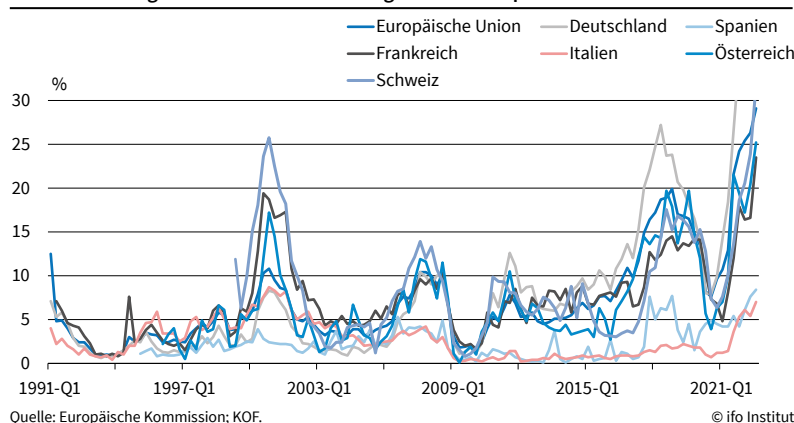
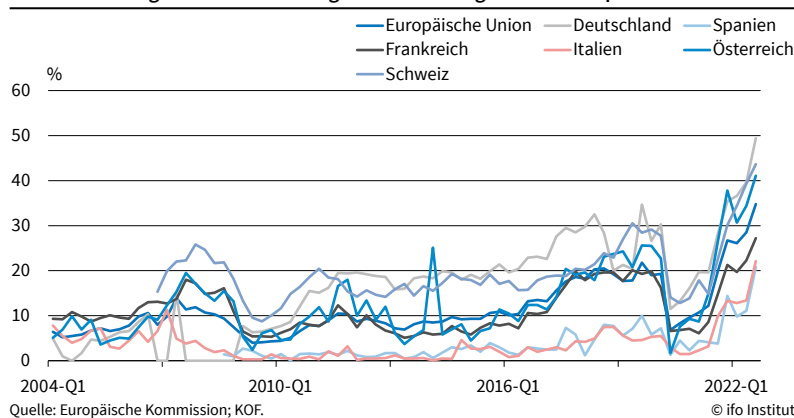
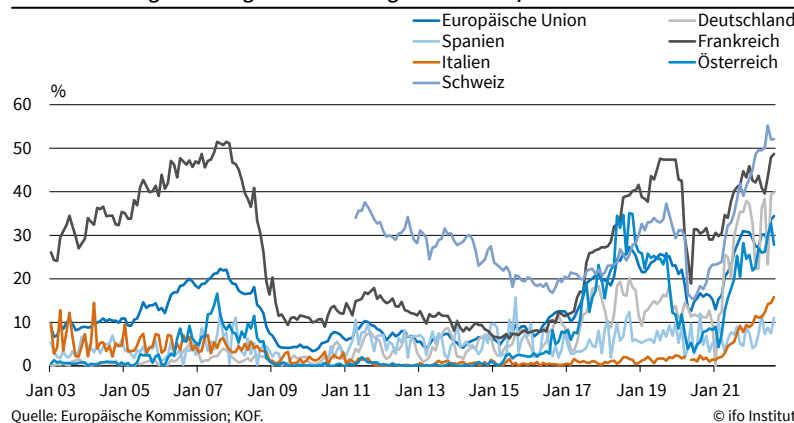


Abb. 4
Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor für ausgewählte europäische Länder



er verschärft sich immer mehr. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen nach und nach in Rente. Diese demografische Entwicklung trifft auf den digitalen und ökologischen Strukturwandel, der nur mit ausreichend Fachkräften umzusetzen ist. Hierfür ist notwendig, dass Deutschland alle inländischen Potenziale insbesondere durch Aus- und Weiterbildung sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Rainer und Peichl 2021) ausschöpft. Zusätzlich benötigt Deutschland Fachkräfteeinwanderung in hohem Maße (Poutvaara 2021). Da Fachkräftemangel

Abb. 5
Fachkräftemangel im Baugewerbe für ausgewählte europäische Länder



Tab. 2

Fachkräftemangel im Dienstleistungssektor im europäischen Vergleich

Angaben in %

	2022:II	2022:I	Durchschnitt 1990–1999	Durchschnitt 2000–2009	Durchschnitt 2010–2019	Minimum	Maximum	Wann Maximum?	Daten verfügbar seit
Malta	69,5	70,9	13,6	19,3	1,2	1,2	70,9	2022	2007
Niederlande	60,6	53,8	20,2	12,6	1,4	1,4	60,6	2022	2007
Schweden	50,0	45,0	13,9	20,4	3,5	3,5	50,0	2022	2003
Deutschland	49,4	39,6	3,8	20,5	0,0	0,0	49,4	2022	2003
Irland	48,7	54,1		21,7	2,8	2,8	54,1	2022	2016
Finnland	44,0	40,0	17,3	18,7	4,0	4,0	44,0	2022	2003
Dänemark	43,7	40,3		9,5	1,5	1,5	43,7	2022	2010
Schweiz	43,6	39,3	18,0	18,6	8,7	8,7	43,6	2022	2006
Österreich	41,1	34,4	9,1	12,9	1,7	1,7	41,1	2022	2003
Slowenien	38,4	33,0	10,7	8,2	1,8	1,8	38,4	2022	2003
Estland	36,3	23,8	16,8	17,0	0,5	0,5	37,2	2021	2003
Eurozone	35,4	28,6	7,6	11,6	4,1	4,1	35,4	2022	2003
Europäische Union	34,8	28,5	7,7	11,8	4,0	4,0	34,8	2022	2003
Belgien	33,0	39,0	22,4	15,3	6,0	6,0	43,0	2007	2003
Slowakei	32,0	25,0	2,4	9,0	0,0	0,0	32,0	2022	2003
Litauen	30,6	29,5	15,3	10,2	1,8	1,8	36,4	2008	2003
Kroatien	30,5	24,2	8,9	8,5	1,4	1,4	30,5	2022	2008
Bulgarien	28,4	19,1	3,5	9,2	0,6	0,6	28,4	2022	2003
Frankreich	27,2	22,3	10,9	10,8	5,1	5,1	27,2	2022	2003
Serbien	24,9	20,0		10,5	1,2	1,2	29,6	2019	2013
Ungarn	24,5	23,6	4,3	17,4	1,3	1,3	41,8	2016	2003
Polen	24,5	23,8	5,2	13,2	0,9	0,9	29,4	2019	2003
Mazedonien	23,3	12,1	2,1	7,3	0,0	0,0	23,3	2022	2008
Montenegro	23,2	14,9		7,8	0,5	0,5	24,2	2021	2012
Italien	22,1	13,4	4,1	2,3	0,1	0,1	22,1	2022	2003
Spanien	20,8	11,1	1,5	3,0	0,1	0,1	20,8	2022	2008
Lettland	20,1	15,6	14,3	7,2	1,2	1,2	32,1	2007	2004
Griechenland	18,0	4,5	4,5	4,8	0,6	0,6	18,0	2022	2003
Tschechien	17,9	10,9	3,5	6,7	0,3	0,3	21,5	2019	2003
Albanien	14,4	4,7		3,2	0,5	0,5	14,4	2022	2016
Portugal	8,9	5,8	6,0	4,0	2,1	2,1	16,4	2001	2001
Rumänien	7,0	7,3	6,1	2,9	0,1	0,1	13,5	2007	2003
Zypern	3,5	0,2	10,0	1,2	0,0	0,0	19,9	2008	2008
Türkei	3,3	2,9		5,8	1,8	1,8	12,5	2014	2011

Quelle: EU-Kommission; KOF; Berechnungen des ifo Instituts.

aber auch in vielen anderen europäischen Ländern vorherrscht, muss das benötigte Personal insbesondere auch in Drittländern außerhalb der EU angeworben werden. Die Politik muss hierfür endlich entschlossen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Auf europäischer Ebene gibt es bereits seit dem Jahr 2011 eine Agenda für den europäischen Arbeitsmarkt, die unter anderem einen Schwerpunkt auf geeignete Aus- und Weiterbildung setzt (vgl. European Commission 2011). Guo et al. (2022) finden jedoch für alle europäischen Länder vor allem für handwerkliche Berufe

weiterhin große Lücken zwischen den Anforderungen offener Stellen und den Qualifikationen der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

LITERATUR

European Commission (2011), „An Agenda for New Skills and Jobs: A European Contribution towards Full Employment“, EU Publications Office, verfügbar unter: <https://data.europa.eu/doi/10.2767/28479>.

Freuding, J. und J. Garnitz (2022), „Steigende Löhne, akuter Fachkräftemangel und die Mindestloohnerhöhung: Die Personalpolitik 2022“, *ifo Schnelldienst* 75(1), 49–51.

Tab. 3

Fachkräftemangel im Baugewerbe im europäischen Vergleich

Angaben in %

	2022:II	2022:I	Durchschnitt 1990–1999	Durchschnitt 2000–2009	Durchschnitt 2010–2019	Minimum	Maximum	Wann Maximum?	Daten verfügbar seit
Luxemburg	76,5	72,2	3,3	3,4	9,7	0,0	76,5	2022	1999
Griechenland	69,3	68,6	3,8	4,3	1,2	0,0	69,3	2022	1997
Irland	60,7	55,7			49,8	9,4	73,3	2022	2016
Slowenien	60,1	55,1		31,7	15,8	3,4	61,0	2007	2002
Schweiz	52,1	52,0			26,5	15,3	55,2	2022	2011
Schweden	52,0	46,0	7,2	24,4	29,1	0,0	78,7	2007	1998
Malta	50,4	23,7		18,7	22,4	0,0	66,5	2019	2008
Kroatien	49,0	52,9		18,7	17,1	0,5	56,1	2019	2008
Frankreich	48,7	47,9		34,7	17,6	6,3	51,5	2007	2003
Mazedonien	48,5	42,6		2,6	10,7	0,0	48,5	2022	2008
Estland	45,7	39,7	58,4	36,3	21,4	0,0	86,4	1999	1995
Tschechien	44,0	46,0	12,8	9,7	11,8	0,6	56,4	2019	1993
Slowakei	44,0	41,0	12,1	8,6	10,6	0,0	44,0	2022	1993
Österreich	42,9	39,2	13,7	7,4	15,9	0,0	53,5	2018	1985
Ungarn	41,7	49,3	12,1	8,3	26,5	0,9	72,3	2019	1996
Deutschland	39,9	39,3	2,3	1,2	7,3	0,0	39,9	2022	1991
Polen	38,8	38,2		19,0	25,2	2,1	52,7	2007	2000
Dänemark	37,5	36,8	10,3	12,6	11,8	0,0	47,8	2021	1998
Bulgarien	36,5	36,4	6,4	10,8	19,5	0,7	54,8	2019	1994
EU	34,4	33,6	3,7	10,6	11,4	0,5	34,4	2022	1991
Montenegro	33,5	34,5			10,8	0,0	48,0	2022	2012
Eurozone	33,1	32,3	3,4	9,6	9,4	0,2	33,1	2022	1991
Lettland	31,9	30,1		22,7	13,8	0,0	57,3	2007	2001
Litauen	30,5	28,8		29,8	18,0	0,0	58,5	2007	2005
Portugal	30,2	33,3		7,8	9,3	3,9	33,8	2022	2008
Finnland	30,0	37,0	5,4	23,1	23,7	0,0	72,0	1988	1985
Albanien	29,0	23,0			2,3	0,0	29,0	2022	2016
Niederlande	27,8	32,7	3,9	6,5	7,1	0,0	35,2	2000	1985
Serbien	22,9	16,8			10,4	0,0	37,3	2019	2013
Rumänien	16,8	20,4		13,3	7,6	0,1	28,9	2007	2005
Italien	15,8	14,5	4,1	4,2	0,9	0,0	22,2	1999	1985
Spanien	11,0	7,5	1,4	6,0	5,5	0,0	46,0	2000	1993
Belgien	8,7	7,8	1,7	1,9	2,1	0,0	9,8	1989	1989
Zypern	8,4	5,5		7,7	1,5	0,0	22,6	2008	2008
Türkei	4,9	5,4			3,1	1,1	5,9	2022	2011

Quelle: EU-Kommission; KOF; Berechnungen des ifo Instituts.

Guo, Y., C. Langer, F. Mercorio und F. Trentini (2022), „Skills Mismatch, Automation, and Training: Evidence from 17 European Countries Using Survey Data and Online Job Ads“, *EconPol Forum* 23(5), 11–15.

ifo Institut (2022), „Fachkräftemangel steigt auf Allzeithoch“, Pressemitteilung, 2. August, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2022-08-02/fachkraeftemangel-steigt-auf-allzeithoch>.

Jansen, A. und P. Risius (2022), „Sorgenkind Gastro? Berufswechsel in der Corona-Pandemie“, *IW-Kurzbericht* 60, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.

Marjenko, A., M. Müller und S. Sauer (2021), „Das KfW-ifo-Fachkräftebarometer: Jedes fünfte deutsche Unternehmen wird derzeit durch Fachkräftemangel beeinträchtigt“, *ifo Schnelldienst* 74(4), 57–59.

Poutvaara, P. (2021), „Zuwanderung von Fachkräften fördern“, *ifo Schnelldienst* 74(7), 11–14.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022), *Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022, Essen.

Rainer, H. und A. Peichl (2021), „Erwerbstätigenpotenzial besser ausschöpfen“, *ifo Schnelldienst* 74(7), 6–10.

Sauer, S. und K. Wohlrabe (Hrsg., 2020), *ifo Handbuch der Konjunkturumfragen*, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 88, ifo Institut, München.

Sauer, S. und T. Wollmershäuser (2021), „Fachkräftemangel wird zunehmend zur Belastung für die deutsche Wirtschaft“, *ifo Schnelldienst digital* 2(17).

Statistisches Bundesamt (2021), *Ausblick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und den Bundesländern nach dem Corona-Jahr 2020 – Erste mittelfristige Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2035*, Wiesbaden.